



**Schwalmtal schön und gut!
Erhalt und Innovation**



**Wahlprogramm
2020**



EIN UNKOMPLIZIERTER STAAT

Umsetzung der Bürgerrechte in Politik und Verwaltung

Behördliche Verfahren haben über die Jahrzehnte eine derartige Eigendynamik entwickelt, dass man sich fragen muss, ob alle Auflagen, die man als Bürger erfüllen, und alle Nachweise, die man erbringen muss, selbst schon bei den kleinsten Genehmigungsverfahren, tatsächlich in der Sache dienlich sind.

Ist es nicht vielmehr so, dass Verfahren der öffentlichen Verwaltung mittlerweile dermaßen aufgeplustert wurden, weil man versäumt hat, den Sinn dahinter regelmäßig zu hinterfragen?

Es ist an der Zeit, Verwaltungsverfahren deutlich zu verschlanken!

Viele Verfahren kosten viel zu viel Zeit, Geld und Nerven. Sie binden Arbeitskraft in den Behörden, aber auch beim Antragsteller, die viel sinnvoller eingesetzt werden könnte.

Längst munkelt man, dass, während wir noch auf den Eingangsstempel auf unseren Antrag auf Genehmigung zur Errichtung einer Hundehütte warten, unsere niederländischen Nachbarn bereits Richtfest für eine ganze Wohnanlage feiern.

Schon seit vielen Jahren reden wir von der Gefahr der Verselbstständigung behördlicher Verfahren, immer wieder hören wir Lippenbekenntnisse von allen politischen Entscheidern, dass sich hier etwas ändern muss.

Die hoch gepriesenen Veränderungen, die es hin und wieder gab, führten bislang doch immer nur zur weiteren Verkomplizierungen.

Im kommunalen Bereich sind unsere Möglichkeiten hier nicht so weit reichend, gleichwohl sehen wir es als unsere Aufgabe an, diesen Wahnsinn bei jeder Gelegenheit anzuprangern und im Rahmen unserer Möglichkeiten auch aufzubrechen.



Haushalts- und Wirtschaftspolitik

Spielräume für innovatives Handeln

Der nachfolgende Satz ist in allen unseren Wahlprogrammen der vorangegangenen Perioden zu finden, weil er bis heute nicht an seiner Bedeutung und Wichtigkeit verloren hat.

„Voraussetzung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit ist eine solide Finanzausstattung.“

Hierbei reden wir nicht nur über eine angemessene höhere Beteiligung der Kommunen an den verschiedenen Steuereinnahmen, sondern auch über die Ausschöpfung von Synergien durch neue Strukturen, die Spielräume schaffen.

In die Zukunft denken - Ressourcen bündeln - gestärkt handeln.

Hierzu gehört sicher eine enge interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Westkreisgemeinden in allen möglichen Bereichen wie z.B. bei den Kitas oder beim Ordnungsamt.

Kommunale Steuern und Abgaben

Die Möglichkeiten der Kommunen zur unmittelbaren Steuererhebung sind gering und dienen oftmals mehr zur Lenkung als zur nennenswerten Erzielung von Einnahmen.

Dies trifft auch und insbesondere auf die Hundesteuer zu. Eine Lenkung kann aber nur erfolgreich funktionieren, wenn gleichzeitig auch entsprechende Kontrollen erfolgen.

Bedenklich ist auch die deutlich höhere Besteuerung von Zweit- und weiteren Hunden. Ist eine derartige Lenkungsmaßnahme im ländlichen Raum nötig?

Wir fordern ferner die Abschaffung der Hundesteuer für „Gebrauchshunde“ (Begleithunde, Hütehunde, Schutzhunde, Jagdhunde u.a.), soweit ihre Funktion nachweisbar und dauerhaft genutzt wird.

Stärkung von Gewerbe und Handel

Kleine und mittlerer Gewerbe- und Handelsunternehmen sichern maßgeblich unsere gemeindlichen Finanzen. Es ist also unser Job, diesen Unternehmen eine gute Existenzbasis in Schwalmatal zu verschaffen.

Die Schaffung gemeindlicher oder übergemeindlicher Plattformen zur Förderung des Einzelhandels, der Gastronomie und Gewerbeunternehmen sind hierzu ein entscheidender Baustein.

Wirtschaftlicher Einfluss der Corona- Krise

Es bleibt zu hoffen, dass die Coronakrise alle guten Entwicklungen der letzten Jahre nicht zunichtemacht.

Dennoch können wir nicht unbedarft darauf warten, was sich die Bundesregierung in Kooperation mit der EU so alles einfallen lässt.

Es wird der Eindruck erweckt, als ginge es nur um die Verteilung reichlich vorhandener Mittel. Die Kurzarbeiterregelung und die Aussetzung des Konkursverschleppungsverbotes können und werden uns das dicke Ende noch präsentieren.

Es ist daher dringend geboten, auch kommunal zu agieren und so weit wie möglich diesem dicken Ende entgegen zu wirken.



Gemeindeplanung und -entwicklung, Umwelt, Bauen und Verkehr

Infrastruktur und Verkehr

Geänderte Bedingungen am Immobilienmarkt haben zu einer neuen Attraktivität der Gemeinde Schwalmtal geführt. Der noch vor sechs Jahren befürchtete Demographische Wandel ist erfreulicherweise nicht eingetreten, die Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken steigt mit der positiven Bevölkerungsentwicklung.

Der Grundsatz „arbeiten wo du wohnst“ beschreibt aber immer noch ein Ideal, das für viele Menschen in der Gemeinde zumindest vorläufig noch nicht erreichbar ist.

Noch ist die Zahl der Auspendler deutlich höher als die derjenigen Bürger, die in der Nähe ihres Wohnortes oder sogar am Wohnort selbst ihr Geld verdienen können.

Dabei bleibt nach wie vor zu beklagen, dass die Anbindungen an Düsseldorf oder Köln äußerst mangelhaft sind. Hierbei ist es unerheblich, ob man den öffentlichen Nahverkehr oder den Individualverkehr betrachtet.

Weder die Anbindung über den ÖPNV noch über Autobahnen und Schnellstraßen haben sich in den letzten Jahren wesentlich zum Besseren verändert.

Wollen wir uns dauerhaft zu einem großen Teil vom Individualverkehr lösen, ist die Neuplanung des gesamten ÖPNV Netzes in Schwalmtal, dem gesamten Kreis Viersen und den anliegenden Kreisen und kreisfreien Städte voranzutreiben.

Die Linienplanungen, das Netzsystem und die Taktungen vor allem der Buslinien sind ineffizient und nicht mehr zeitgemäß.

Der VRR erhöht regelmäßig die Ticketpreise ohne gleichzeitig die Attraktivität durch ein besseres Angebot zu steigern.

Über viele Jahre war der Strukturwandel im Ruhrgebiet immer deutlich mehr im Fokus der damaligen rot-grünen Landesregierung als die notwendige Verbesserung der infrastrukturellen Situation am Niederrhein.

Auch wenn die schwarz-gelbe Landesregierung nun die Probleme des Niederrheins ins Visier genommen hat, können die Versäumnisse der vielen Jahre vorher nicht so schnell wettgemacht werden. Zu schwer belasten mangelnde Instandhaltung und unterlassene Erweiterungsmaßnahmen die geplanten und zum Teil eingeleiteten Entwicklungen.

Wohl wissend, dass die politischen Gremien einer Landgemeinde nicht unmittelbar über die Verbesserung der überörtlichen Verkehrssituation entscheiden können, sind die Forderungen der FDP Schwalmthal gegenüber dem Land und dem Bund allerdings sehr klar und wir werden nicht müde, diese immer wieder aufs Neue an die Entscheider heranzutragen.

Die wirtschaftlich guten Jahre haben die Entwicklung der Gewerbeansiedlungen in der Gemeinde Schwalmthal positiv beeinflusst, große Projekte stehen noch an und es sind weitere neue Arbeitsplätze zu erwarten.

Gleichwohl darf man nicht verkennen, dass insbesondere Unternehmen im Logistikbereich mit immer weniger Arbeitskräften zurechtkommen und ihre Steuern nicht unbedingt an dem Standort zahlen, an dem die Gewinne ursächlich generiert werden.

Ein über die Jahrzehnte durch die Gremien und durch die Presse „geisterndes“ Objekt ist die Kent-School in Hostert.

Von vielen Bürgern bereits abgeschrieben, schlagen immer mal wieder Investoren auf, die sehr große Pläne mit den alten Gebäuden und den vorhandenen Erweiterungsmöglichkeiten haben.

Aktuell scheint sich auch hier wieder etwas zu konkretisieren, wobei man nach den Erfahrungen der vielen Jahre zuvor die Dinge immer mit gebotener vorsichtig betrachten muss.

Eins ist allerdings sicher: sollte es tatsächlich zu der Umsetzung einer solchen Großmaßnahme an dieser Stelle kommen, hat dies erheblichen Einfluss auf die gesamte Gemeinde. Es kommt zu einer Schwerpunktverlagerung, insbesondere beim Straßenverkehr. Die gesamte Ortsstruktur wird sich verändern und die Sektion Hostert entwickelt sich zu einem Ortsteil mit gewisser Bedeutung, dessen Überplanung und Entwicklung nicht mal eben im Vorbeigehen und unter alleiniger Berücksichtigung der Interessen der Investoren auf dem Kent-School-Gelände erfolgen kann.

Die Anwohner in Hostert, Hehler, Eschenrath und Waldnieler Heide dürfen bei dieser Entwicklung nicht die Verlierer sein!

Neben dem Schutz gegen Lärm und sonstige Immissionen ist eine gesamte Überplanung und Aufwertung dieses Ortsbereiches notwendig, um den erforderlichen Ausgleich für die Bürger zu schaffen.

Auch der Ortsteil Lüttelforst sieht sich erheblichen Veränderungen und Belastungen gegenüber.

Die Abgrabungen zur Kiesgewinnung werden deutlich erweitert, zudem wurden Vorrangflächen für die Windenergie ausgewiesen, die unmittelbaren negativen Einfluss auf das Waldhufendorf haben.

Zu allem Überfluss ist die Problematik der Deponieflächen Lousberg/ Raderberg, die von der EGN Mönchengladbach betrieben werden, längst noch nicht gelöst.

Hier muss man konstatieren, dass der simple Grundsatz „zu viel ist zu viel“, vollumfänglich greifen muss und dass es nicht mehr vertretbar ist, einen Ortsteil alleine in diesem Umfange zu belasten.

Bislang hat unsere Forderung, kumulierte Belastungen einzelner Ortsteile unbedingt zu vermeiden und eine faire Lastenverteilung vorzunehmen, keine Beachtung in den anderen Fraktionen gefunden.

Aber da lassen wir uns nicht unterkriegen, auch hier bleiben wir dran!

Bauen und Wohnen

Während wir noch im Jahr 2014 davon ausgingen, beeinflusst durch den damals erstellten Demographiebericht, dass die Gemeinde Schwalmtal stetig Einwohner verlieren würde, hat sich doch zwischenzeitlich herausgestellt, dass die in diesem Demographiebericht getroffenen Annahmen falsch waren.

Dies verwundert auch wenig, da die geburtenstarken Jahrgänge der späten achtziger und frühen neunziger Jahre natürlich auch zu einem entsprechenden Bevölkerungszuwachs der 2010er und 2020er Jahre geführt hat bzw. noch führen wird.

Diese erfreuliche Entwicklung, gepaart mit einem ebenfalls stetig steigenden Zuwachs von außen, der einerseits begründet ist in einer großen Beliebtheit der Gemeinde Schwalmtal als Wohnort, andererseits aber auch in der mangelhaften Entwicklungspolitik anderer Kommunen, hat die Entwicklung neuer Wohngebiete, namentlich Burghof 1-3, ermöglicht. Eine weitere Entwicklung, Burghof 4, ist in Sicht.

Die aktuelle Entwicklung am Immobilienmarkt zeigt eindeutig den Trend zur Errichtung neuer und energetisch hochwertiger Einfamilienwohnhäuser in attraktiven neuen Wohngebieten.

Eine solche Entwicklung hat allerdings nicht nur positive Effekte.

Der hierzu notwendige Verbrauch landwirtschaftlich wertvoller Flächen belastet die örtliche Landwirtschaft zunehmend.

Die erforderliche Erweiterung der Infrastruktur ist zudem ein großer Kraftakt für eine Gemeinde unserer Größe.

Es ist erkennbar, dass aufgrund von Kapazitätsmangel, insbesondere im personellen Bereich, das Mitwachsen öffentlicher Einrichtungen nicht in ausreichendem Maße stattfinden wird.

Nun soll dies nicht bedeuten, dass wir die erfreuliche Entwicklung unserer Gemeinde stoppen müssen, es ist allerdings dringend geboten, sich noch intensiver als in den letzten Jahren mit der Entwicklung infrastruktureller Einrichtungen zu beschäftigen und deren Entwicklungen schnellstmöglich einzuleiten.

Auch bleibt nach wie vor festzustellen, dass zu wenig Augenmerk auf den Erhalt von Bestandsimmobilien sowie möglicher Lückenschlüsse in bereits voll erschlossenen Gebieten gelegt wird.

Dies liegt zum einen daran, dass eine energetische Modernisierung bestehender Gebäude zu Investitionen führt, die nahezu dem Neubau gleichkommen, es liegt aber auch zum anderen daran,

dass die Urbanität gewachsener inner- und auch außerörtlicher Bereiche nicht in angemessener Form vermarktet wird.

Arrondierungen in seit langem erschlossenen Innen- und Außenbereichen sind längst als Mittel zur Minderung des Wohnungsmangels, der sich von den Großstädten aus in den ländlichen Raum ausgebreitet hat, unter Fachleuten erkannt worden. Eine ernsthafte Abarbeitung dieser Thematik ist in unserer Gemeinde aber nicht zu erkennen.

Daher fordern wir, dass Politik und Verwaltung Konzepte erarbeiten, die die Entwicklung dieser Flächen systematisch vorantreiben.

Unsere Gemeinde kann nicht ausschließlich von ihren neu erworbenen Speckrändern leben!

Bezahlbarer Wohnraum

Auch wenn es unsere Konkurrenz gerne anders sehen will, Wohnraum ist ein Wirtschaftsgut, das gleichen kaufmännischen Regeln unterliegt wie alle anderen Wirtschaftsgüter auch.

Wer sein Geld in die Erstellung von Wohnraum investiert, erwartet eine angemessene Rendite. Und das mit Recht!

Die gerne herbeigeredete Gier der Investoren am Immobilienmarkt entpuppt sich dann als bloßes Schreckgespenst, wenn man nüchtern die Faktoren analysiert, die die Erstellungskosten stetig in die Höhe getrieben haben, die dann natürlich in die Mietkalkulation einfließen.

Will man also bezahlbaren Wohnraum, dann muss man an diesen Stellschrauben drehen.

Unsagbar lange und schwierige Genehmigungsphasen, insbesondere außerhalb von Bebauungsplangebieten, überzogene Anforderungen und Auflagen in allen Bereichen des Bauens sind die Angelpunkte, die politisch zu beeinflussen sind und beeinflusst werden müssen.

Die intelligente Verschlinkung von Verfahren und die Reduzierung von unnötigen und unsinnigen Auflagen alleine machen einen sozialen Wohnungsbau, der seit den 1960er Jahren schon nicht funktioniert, verzichtbar.

Umwelt und Naherholung:

Schwalmtal ist tief verwurzelt im Naturpark Schwalm- Nette. Die dort bestehenden Naherholungsmöglichkeiten sind ein wesentlicher Standortfaktor.

Die Steigerung der Naherholungsattraktivität unter Nutzung der vorhandenen Förderangebote, z.B. Einrichtung und Pflege von Reitwegen (100 % Förderung durch Reitabgabe) ist eine wesentliche Aufgabe zum Ausbau dieses Standortfaktors.

Die gewollte vermehrte Nutzung des Naturparks bedarf allerdings auch einer Lenkung der Besucherströme (starker Verkehr am Wochenende in Amern / Hariksee).

Die Förderung und der Erhaltung des Bibers, beispielsweise durch Errichtung eines Biberlehrpfades in Kooperation mit dem Naturpark und der Wasser- und Naturschutzbehörde des Kreises Viersen, ist ein denkbarer Ansatz. Hier kann durch sichtbare Artenschutzmaßnahmen ein naturschutzaktives Image gelebt werden.

Die Schaffung eines guten Radverkehrsnetzes mit besseren und sicheren Straßenübergänge ist ein weiterer Baustein.



POLIZEI

Nordrhein-Westfalen

Sicherheit & Ordnung:

Wer sich in den Straßen und auf den Plätzen unserer Gemeinde bewegt, soll dies angstfrei tun können. Der öffentliche Raum muss öffentlich bleiben.

Wo er bedroht ist, ist eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsbehörden unerlässlich. Wir wollen Angsträume wie etwa Unterführungen und "dunkle Ecken" unter anderem durch ausreichende Beleuchtung vermindern.

Dunkle Ecken sind auch immer Drecksecken. Nur die konsequente Umsetzung der gemeindlichen Ordnungssatzungen kann für Abhilfe sorgen.

Dabei ist nur ein fleißiger Ordnungshüter deutlich zu wenig. Bereits die stärkere Präsenz von Ordnungskräften sorgt für ein subjektives Sicherheitsgefühl.

Wir fordern die Stärkung des gemeindlichen Ordnungsamtes durch mehr Personal und Förderung von Ordnungspartnerschaften mit der Polizei, dem Kreis Viersen und den angrenzenden Gemeinden.

Sauberkeit im öffentlichen Raum

Zum Erhalt und zur Verbesserung der Attraktivität unserer Gemeinde ist der Reinigung und Pflege von Straßen, Plätzen und öffentlichen Grünanlagen ein deutlich höherer Stellenwert zuzuordnen.

Die verstärkte Erhebung von Verwarn- und Bußgeldern dient auch der Prävention. Konsequente Ahndung auch kleinerer Verstöße (Abfall, Zigaretten u.v.m.) sorgt mittelfristig für ein besseres Gemeindebild.

In Schwalmtal ist es laut Satzung Aufgabe des Anliegers, den Gehweg bis zur Fahrbahnmitte sauber zu halten.

Dies wird nur in extremen Ausnahmefällen kontrolliert. An vielen Stellen wuchern Gräser auf den Gehwegen - die Kanäle sind verstopft und das Regenwasser läuft nur schlecht ab. Abhilfe kann nur das verstärkte Auffordern zur Straßenreinigung schaffen.

Ansonsten kann die Gemeinde diese Leistung gegen Entgelt erbringen. Dieses Modell läuft in mehreren umliegenden Kommunen mit großem Erfolg.

Ein zunehmendes Problem stellt auch die regelmäßige Bewässerung von Straßenbegleitgrün dar. Auch hier muss darüber nachgedacht werden, ob die unkoordinierten Eigeninitiativen einzelner Anlieger ausreichend sind.

Ehrenamt

Es wird wohl niemanden geben, der den hohen Wert des Ehrenamtes in der Gemeinde infrage stellt.

Ehrenamtler arbeiten oftmals im Hintergrund, so dass die Gemeinschaft zwar die positiven Auswirkungen spürt und gerne annimmt, allerdings die Personen und deren Arbeitseinsatz kaum kennen.

Die durch den verstorbenen Bürgermeister Schulz in Leben gerufene alljährliche Ehrung und Auslobung des Ehrenamtspreises ist sicherlich ein guter Anfang. Wir meinen aber, dass eine Würdigung des Ehrenamtes auch außerhalb von Feierstunden stattfinden muss.

Dies gilt im besonderen Maß für das hervorragende Engagement unserer Feuerwehrleute.



Feuerwehr

Wie in vielen Landgemeinden werden die hoheitlichen Aufgaben der Unfallrettung und Brandbekämpfung durch ehrenamtlich tätige Feuerwehrleute durchgeführt.

Dieses Ehrenamt sticht deutlich aus allen anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten hervor. Neben einer ständigen Bereitschaft, zu oft nicht ungefährlichen Einsätzen zu fahren, ist auch eine ständige Aus- und Weiterbildung gefordert.

Es versteht sich daher von selbst, dass ein solches Engagement nicht nur angemessen verbal zu würdigen ist.

Eine umfassende persönliche Schutzausstattung (PSA), die z.B. auch an Einsätze im heißen Hochsommer angepasst ist, ist da nur eine grundsätzliche Forderung.

Wir müssen als Gemeinschaft, die dank einer gut funktionierenden Freiwilligen Feuerwehr ruhig schlafen kann, auch dafür Sorge tragen, dass unsere Feuerwehrleute im Falle eines Unfalls im Einsatz finanziell die größtmögliche Absicherung haben.

Wir fordern eine individuelle finanzielle Risikoabsicherung eines jeden Feuerwehrmanns!

Auch reicht es nicht, dass wir uns einmal im Jahr in der Hauptversammlung beeindruckt zeigen über das, was unsere Feuerwehr leistet. Wir brauchen Anreize und Belohnungen, die dazu animieren, diese umfassenden und anspruchsvollen Aufgaben im Ehrenamt zu leisten.

Das Feuerwehrgerätehaus in Amern ist in die Jahre gekommen und ist natürlich nicht mit den immer größer werdenden Spezialfahrzeugen mitgewachsen.

Da hilft dann auch kein Lamentieren, der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses an geeigneter Stelle in Amern ist, wie wir heute so gerne formulieren, alternativlos!



Jugend und Soziales

Kindertagesstätten:

Kinder sind die Zukunft! Kinder sichern den Fortbestand der Gesellschaft.

Damit ist die Betreuung und Förderung unserer kleinsten Mitbürger eine Gemeinschaftsaufgabe.

Wir fordern die ersatzlose Abschaffung der Kita- Gebühren. Sie sind nicht mehr zeitgemäß. Längst haben andere Kommunen erkannt, welches ein wichtiger Standortvorteil entsteht, wenn Eltern an dieser Stelle entlastet werden.

Nebenbei bemerkt, Familien mit durchschnittlichem Einkommen werden die so eingesparten Mittel 1:1 in den regionalen Wirtschaftskreislauf einbringen.

Jugendpolitik:

Jugendliche und junge Menschen müssen selbst für ihre Interessen einstehen können.

Wir wollen daher das Jugendparlament reaktivieren. Es wird aber nur funktionieren, wenn wir gleichzeitig Wege finden, dortige Beschlüsse auch zur Umsetzung zu bringen.

Damit Jugendliche ihre Fähigkeiten und Interessen entdecken und entwickeln können, müssen die hierzu erforderlichen Mittel bereit gestellt werden.



Schule und Sport

Schule

Nur beste Bildung kann die Grundlage dafür sein, den Herausforderungen, denen sich junge Menschen im (Berufs-)Leben stellen müssen, gerecht zu werden.

Beste Bildung braucht beste Bedingungen.

Als Schulträger ist die Gemeinde daher gefordert, die Gebäude und die technischen Ausstattungen bereitzustellen und gut nutzbar und funktionsfähig zu erhalten.

Moderne Schulgebäude und eine ständig mit den Anforderungen wachsende digitale Infrastruktur sind wesentliche Bausteine für die beste Bildung.

Beste Bildung ist langfristig das beste Mittel, soziale Nachteile zu überwinden und Aufstiegschancen für alle zu eröffnen.

Sport

Sport fördert neben der Ausbildung von motorischen Fähigkeiten und Fertigkeiten auch kognitives, soziales und emotionales Verhalten.

Er leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zur ganzheitlichen Bildung von Jung und Alt.

Nirgendwo sonst engagieren sich so viele Freiwillige ehrenamtlich wie im Sport. Sport trägt zu gesellschaftlicher Teilhabe und zur Integration der Menschen in ihren Lebenswelten bei, unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer kulturellen und sozialen Herkunft. Er regt zu Spitzenleistungen an, stärkt Leistungsvorbilder und ist gesellschaftlicher Impulsgeber.

Wir sehen es daher als eine elementare Aufgabe kommunaler Politik an, die Voraussetzungen für alle Sportvereine in unserer Gemeinde zu schaffen, ihren Sport aber auch ihr Vereinsleben optimal zu gestalten.

Vereine, die sich intensiv um die Förderung der Jugend, behinderter Menschen und altersbedingt beeinträchtigte Menschen kümmern, haben dabei unser besonderes Augenmerk.

Fazit

Mit „es gibt viel zu tun, packen wir es an“ bemühen wir zwar einen sehr alten Werbespruch, dessen Aktualität aber bislang nicht gelitten hat.

Die Zeit erfordert von uns allen umzudenken. Fangen wir etwas Neues an. Denken wir an die Zukunft. Wir decken nicht, wie oft geglaubt, schwerpunktmäßig nur die wirtschaftlichen Bereiche ab. Wir haben darüber hinaus kompetente Mitglieder aus den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft, Sport, Kultur und vielen weiteren wichtigen Gebieten. Jeder Einzelne von uns ist mit Herz und Verstand für seine Themen dabei
Geben Sie uns eine Chance im Rat, denken Sie um.

Ihre FDP- Schwalmtal

Ihre Fragen und Anregungen sind ausdrücklich erwünscht!

Schwalmtal im Juni 2020

Sie erreichen uns

- FDP Ortsverband Schwalmtal, End 2, 41366 Schwalmtal
- www.fdp-schwalmtal.de
- www.facebook.com/FDPinSchwalmtal